



Stierkührer Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 25 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petit-Charakter 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Wochensatz: 10 Sgr. Wochensatz: 10 Sgr. Wochensatz: 10 Sgr.

Nr. 570. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 5. December 1867.

Deutschland.

Berlin, 4. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Gutsbesitzer Haus zu Jernersdorf im Kreise Kempen den Roten Adler-Orden vierter Klasse, dem Kaufmann Adolph Liebig zu Breslau und dem Rentner van Haaren zu Cleve den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Bedell Peter Reifberg am Gymnasium zu Weiburg im Regierungsbezirk Wiesbaden das Allgemeine Ehrenzeichen: ferner dem praktischen Arzt Dr. Feiler, Impfarzt am Schugblattern-Impfungs-Institut zu Berlin, den Charakter als Sanitäts-Rath; und dem Steuer-Einnehmer Golpe zu Ottendorf bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Brunsow an der Realschule zu Verleberg zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Berlin, 4. Decbr. [Se. Majestät der König] nahmen heute militärische Meldungen, sowie den Vortrag des Civil-Cabinet's entgegen.

[Ihre Majestät die Königin] besuchte vorgestern in Potsdam Ihre Majestät die verwitwete Königin, so wie Ihre königlichen Hoheiten den Kronprinzen und die Kronprinzessin. — Gestern nahm Ihre Majestät die Königin die Glückwünsche zum Geburtstag Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden entgegen und war deshalb zum Diner auch die Großherzoglich Badische Gesandtschaft geladen. — Ihre Majestät hat die Ausstellungen zum Besten der armen Wöchnerinnen und der verheiratheten Armen mit Ihrem Besuche beehrt.

(St.-Anz.)

[Zur angeblichen Entlassung des Justizministers.] Als Grund dafür, daß der Graf zur Lippe jetzt seine Entlassung gefordert hat, wird — nach zuverlässiger Quelle — Zweierlei angegeben. Einmal hat er sich durch die Aeußerung des Ministerpräsidenten, welche die Zweierlei Verfolgung mißbilligte, verletzt gefühlt. Dann soll der Ministerpräsident, in Folge der Annahme des kaiserlichen Antrages, einen Compromiß in Vorschlag gebracht haben, auf welchen Graf Lippe nicht eingehen will. Von der freien Advocatur, die nach dem Verichte einiger Zeitungen den Grafen Lippe verschafft haben soll, ist vorläufig noch keine Rede. Die freie Advocatur gehört zu den Fragen, die erst mit der neuen Proceßordnung ihre Erledigung finden können. Es hat also damit noch gute Wege.

[Die Reise des Herrn v. Daa nach Kopenhagen] soll durch die Ueberzeugung, die der dänische Gesandte im letzten Stadium der hier geführten Verhandlungen gewonnen hat, veranlaßt sein, daß Preußen nicht gewillt ist, den Ansprüchen Dänemarks ein nennenswerthes Zugeständniß zu machen. Die Verhandlungen werden mithin eine Unterbrechung von längerer Dauer erfahren, die, wie man glaubt, Dänemark zu Unterhandlungen mit Frankreich und Oesterreich benützt, hauptsächlich um von dem Wiener Cabinet eine den dänischen Forderungen entsprechende Auslegung des Art. V. des Prager Friedens zu erlangen.

O. C. [Die Geschäftsordnungs-Commission] hielt heute unter dem Vorhabe des Abg. Dr. Kossch und in Gegenwart des Wirt. Legationsraths Abelen und des Geh. Regier.-Raths Graf zu Eulenburg eine Sitzung, in der in Betreff der norddeutschen Abgeordneten folgender Antrag einstimmig genehmigt wurde: Das Haus der Abgeordneten wolle erklären: 1) Die von den Abg. Krüger und Ahlmann eingeleitete Verhandlung bei Ableitung des Eides für unstatthaft zu erklären; 2) die Abg. Krüger und Ahlmann zur bedingungslosen Ableitung des vorchriftsmäßigen Eides auf die Verfassung vor die Schranken des Hauses laden zu lassen; 3) im Falle ihres nicht entschuldigenden Ausbleibens oder der Weigerung der unbedingten Eidesleistung die Abg. Krüger und Ahlmann nicht für legitimirt zu erachten, einen Sitz im Hause der Abgeordneten einzunehmen und demgemäß die künftige Staatsregierung aufzufordern, eine Neuwahl im 1. und 2. schlesischen Wahlbezirk zu veranstalten. — Es wurde von einer Seite geltend gemacht, daß in Betreff der Ausschließung von Abgeordneten die Verfassung, wie die Geschäftsordnung keine Vorschrift enthalte; darauf aber, bei Anerkennung dieser Thatsache erwidert, daß das Haus die Legitimation jedes Mitgliedes zu prüfen und in der Nichtleistung des Eides den Mangel derselben zu erkennen berechtigt sei, der den Verlust des Mandats zur Folge haben müsse. — Regier.-Commissar Graf zu Eulenburg trat dieser Ansicht bei. Referent ist Abg. Wagner (Frankfurt).

[Die Commission für die Kronordnungs-Vorlage] hat heute nach dreistündiger Beratung dieselbe mit 12 gegen 1 Stimme unverändert angenommen und schriftliches Referat durch den Abg. Grafen Verhuysen beschlossen. Weitere Mittheilungen können nicht gegeben werden. Die Regierung war durch den Freiherrn von der Heydt und die Geheim-Räthe Wollny und Wilmowski vertreten.

[Der Vertrag mit Waldeck.] Der Referent für die Schlussberatung über den unterm 18. Juli 1867 mit Waldeck abgeschlossenen Vertrag wegen Uebertragung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont an Preußen, Abg. v. Bunsen, wird folgenden Antrag einbringen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) dem vorberathenen mit Waldeck abgeschlossenen Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, 2) zugleich aber der künftigen Staatsregierung gegenüber die Erwartung auszusprechen, sie werde die vollständige Vereinigung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont mit Preußen auf Grund des Art. 2 der Verfassung bald herbeizuführen wissen.

[Wahl.] In Stettin ist gestern der Ober-Bürgermeister Burscher zu Eising zum Ober-Bürgermeister gewählt worden.

△ Hannover, 3. December. [Die Nachwahlen.] Die Universitätswahl für das Herrenhaus. — Die Freimaurer. Fünf Nachwahlen hatten wir in der Provinz für das Abgeordnetenhaus zu vollziehen, sie fanden am letzten November statt und das Resultat derselben ist entschieden günstig für die national-liberale Partei, der alle Gewählten angehören. Natürlich — sagt die „Volkszeitung“ — denn wir, die „deutsche Partei“, wählen nicht mit, und sagt einige bissige Bemerkungen gegen die „Fünfprocentigen“ hinzu. „Die Fünfprocentigen“ ist nämlich der neueste Witz des Herrn Eicholz, weil seiner Behauptung zufolge unsere Abgeordneten von nur 5 pCt. der Bevölkerung gewählt sind. Alle diese Rodomontaden verhindern aber nicht, daß den national-liberalen Candidaten andere entgegengesetzt wurden, für die stark gewählt wurde, auch ist in einzelnen Fällen die Majorität für die nationalen Candidaten eine nur geringe. Gewählt sind nun: Dr. Oppermann in Mienburg, der bekannte Politiker und Historiograph; Dr. Brandé, Bierbrauereibesitzer in Hannover, ein Mann, der sich viel bei den Parteiversammlungen betheiligt hat; Kaufmann Gude-will in Alfeld, der eine Zeitlang in der zweiten Kammer saß; Kaufmann Werstler in Mienburg und Gutsbesitzer Meyer aus dem Amte Syle. Beide waren schon einmal Mitglieder unserer früheren zweiten Kammer. Besondere Thätigkeit hatten die Particularisten in dem Kreise Gimbed-Northheim entfaltet, wo Graf Grote-Gähnde, Mitglied unseres fröndlichen Adels, 79 Stimmen erhielt, während Brandé mit 85 Stimmen siegte. Der Zuwachs von 5 Stimmen fällt für die national-liberale Partei im Abgeordnetenhaus höchst ins Gewicht. Sie wird nun fast 90 Stimmen stark sein. — Während so die Männer in den Provinzen dem Bestreben neuen Ausdruck geben, das Land mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen, hat die

alma mater unseres wissenschaftlichen Lebens, die Universität Göttingen, die ihr durch das Präsentationsrecht für das Herrenhaus gegebene Gelegenheit gewissenhaft benutzt, eine ebenso nutzlose als thörichte Demonstration zu machen. Von 45 Stimmen hat der Jopp mit 24 nach zwei Wahlgängen gestimmt und Herrn Prof. Zachariae gewählt. Dieser einst so nationale Staatsrechtslehrer — man erinnere sich nur an seine Strebsamkeit im Frankfurter Parlamente, — steht bekanntlich jetzt an der Spitze der „streibaren Welsen“ mit, und leithandelt den übrigen verrannten und verbissenen Gelehrten, welche in Göttingen eine geschlossene particularistische Clique bilden, voran. (Warum, wissen sie, die von Ernst August schlecht, von Georg V. nicht gut behandelt wurden, wahrscheinlich selbst nicht. Die mit den neuen Dingen einverständene Minorität hatte Prof. Curtius als Candidat aufgestellt, der, irre ich nicht, einst Lehrer des Kronprinzen von Preußen war. — Mit welchen Mitteln die von Hiebing aus bezahlte Opposition hier in Hannover arbeitet, davon kann ich ein charakteristisches Beispiel erzählen. Mit der Annexion ist auch die hiesige Freimaurer-Großloge, deren Großmeister König Georg V. war, gefallen. Die hannoverschen Logen haben nur die Wahl, sich nun den bestehenden preussischen Großlogen anzuschließen oder sich aufzulösen. Die Mitglieder der drei Logen in der Stadt Hannover ist ziemlich zahlreich, und in ihnen werden, wie das gewöhnlich zu sein pflegt, alle Stände vertreten sein, und man muß in Hiebing diesen Umstand als besonders für die Agitation gegen Preußen geeignet gefunden haben, denn man erzählt sich, daß welsche Agenten unter den Mitgliedern des Freimaurerbundes besonders thätig sind, um diese, oder doch die Mehrzahl derselben, von einem Anschluss an Preußen abzubringen. Es ist das natürlich erfolglos geblieben, die Unterhandlungen, welche diesen Anstich herbeizuführen die Aufgabe haben, sollen dem Abschluß nahe sein und nur wenige, und meist ältere Mitglieder von den einzelnen Logen sollen sich zurückgezogen haben. Das ist der „Volkszeitung“ natürlich sehr unangenehm, und sie beginnt in ihren Spalten eine lebhaft Diatribe gegen die Gewalt, welche angeblich dem Freimaurerbunde von Preußen angethan wird. Die Sache fällt hier außerordentlich auf, weil es bisher nicht Sitte war, Angelegenheiten, die Freimaurerei betreffen, in öffentlichen Blättern zu besprechen. Das genügt aber noch nicht. Wie authentisch verlautet, geben einige der welschen Agitatoren mit einem Schriftstück umher, welches ein feierliches Versprechen enthält, sich nicht an eine preussische Loge anschließen zu wollen, und sie wenden alle Kräfte der Beredsamkeit auf, um Namensunterschriften für das Actenstück zu gewinnen. Die Liste soll auch bereits etwa zwanzig Namen tragen, ein nicht glänzender Erfolg, da doch gewiß 300 Freimaurer hier in der Stadt sind. Doch reicht der Erfolg hin, um dem einen der Agitatoren die besondere Gnade zuzuwenden, daß König Georg V. Pothensstelle bei dessen Rinde vertritt. Wie viel von den 16 Millionen für die Dotation dieses jungen Erdenbürgers verwandt sind, davon schweigt die Geschichte. Es wird eine Summe genannt, welche nicht ganz dem Besitze der 16-Millionen-Dotation entspricht, und die deshalb wohl nur Fabel ist.

Emß, 1. Dec. [Verurtheilung.] Nach der „E. Ztg.“ sind die seiner Zeit hier wegen Unterschlagung u. s. w. verurtheilt, dann nach Petersburg ausgelieferten Bagdasch: Generalin Chamutoff und Graf Borghesain, dort zur Deportation nach Sibirien auf 20 Jahre verurtheilt worden.

Dresden, 4. Decbr. [Die Conferenz.] Eine Wiener Correspondenz des „Dresdner Journals“ bestätigt die bereits anderweitig gemeldete Nachricht, daß die Conferenz nur eine consultative Competenz haben solle, es würden jedoch gewisse Principien als Ausgangspunkte hingestellt werden. Zur Formulirung dieser Principien seien Frankreich und Oesterreich neuerdings in Verhandlung getreten.

Leipzig, 4. Decbr. [Das neue Wahlgesetz.] In einer gestern stattgehabten Versammlung, welche von Mitgliedern der liberalen Parteien und der Arbeiter-Vereine besucht war, wurde die Resolution gefaßt, das neue Wahlgesetz als den berechtigten Forderungen des Volks nicht entsprechend zu erklären, und die Herstellung einer Volksvertretung auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zu fordern.

Oesterreich.

Wien, 4. Decbr. [Die Conferenz.] Die heutige „Presse“ erzählt, daß neben den Versuchen Frankreichs und Italiens, ein Programm für die Conferenz aufzustellen, auch Frhr. v. Beust einen Vorschlag zu machen beabsichtigt, welcher jedoch weder ein eigentliches Programm enthalten, noch leitende Gesichtspunkte in einer solchen Weise aufstellen würde, daß sich die Versammlung durch dieselben in ihren Beratungen für gebunden erachten könnte.

Italien.

Florenz, 29. Nov. [Finanzielles. — Montezemolo.] Das Cabinet Menabrea, schreibt man der „N. Z.“, trug das Portefeuille des Handels dem Deputirten Blandini an, der es aber aus persönlichen Gründen nicht annahm. Es wurde daher interimistisch dem Minister des öffentlichen Unterrichts Broglio zugewiesen, da Cambal-Digny, der es früher inne hatte, mit den Finanzen ausschließlich beschäftigt ist. Man hatte dem Finanzminister ganz neue Projekte, die er den Kammern vorlegen sollte, zugehoben; man erzählt aber, daß nach reiflicher Ueberlegung und nach einigen Conferenzen mit einflussreichen Deputirten der Beschluß gefaßt wurde, vorerst keine neuen Vorschläge zu machen, sondern jene der Vorgänger wieder aufzunehmen, worüber die Kammercommissionen bereits ihr Gutachten abgaben, oder wenigstens bei denselben die betreffenden Studien bereits seit längerer Zeit im Gange sind; dadurch wird der Zeitverlust vermieden, den die Anregung ganz neuer Vorschläge gebracht hätte, und das Verfahren ist der Dringlichkeit der Finanzlage entsprechend. Man hat berechnet, daß das am Ende 1868 zu deckende Defizit auf 800 Millionen steigen werde. Doch zweifelt der Finanzminister nicht, daß theils durch die bereits angeregten Operationen, theils durch neue Steuern, welche von dem Parlamente votirt werden sollen, die Deckung möglich sein wird. — Das Zerwürfniß mit dem Präfecten von Neapel, Montezemolo, ist wieder ausgeglichen, nachdem dieser Aufklärungen über sein Verhalten gab, welche vom Ministerium um so geneigter aufgenommen wurden, als sie ihm die Mühe ersparten, sich nach einer anderen geeigneten Person zu jener Stelle umzusehen, da Rubini bei seiner Weigerung ein öffentliches Amt zu übernehmen verharret.

Rom, 27. Novbr. [Zur römischen Expedition] schreibt man der „N. Z.“ von hier: Mit Ausnahme einer allerdings glänzenden Soiree, welche Principe Barberini Sonntag mit dem päpstlichen auch dem franz. Offiziercorps gab, hat den Franzosen ihre diesmalige Bereitwilligkeit, zu

helfen, keine Anerkennung und Huldigung seitens des römischen Patriats eingebracht. Die Ralte auch im Clerus begreift sich aus der dort gemachten Erklärung, der Kaiser der Franzosen sei an allem Schuld, was vor und nach der September-Convention gesündigt worden. Es ist bemerkenswerth, daß selbst hochgestellte Geistliche im Vatican gehört zu haben versichern, „daß französische Expeditionscorps sei vom Papste nicht erbeten, sondern von Napoleon selbst ohne anderweitige Mitwirkung geschickt worden“. Diese Truppen sind nun in aller Eile wieder in Rom concentrirt, um wenigstens zur Hälfte nach Frankreich zurückzugehen. Die Campagne hat nicht ganz einen Monat gedauert, die Rüstungen, namentlich die innerhalb weniger Tage in der Engelsburg aufgehäuften Massen von Proviant aller Art, sind thatsächliche Beweise, daß man weiterausgehende Absichten durchzuführen gedachte. Die Pläne des Kaisers dürften sich auch diesmal unerwartet durchkreuzt gesehen haben. Soll die zurückbleibende französische Brigade abwarten, bis der päpstliche Thron wieder ohne Gefahr ist, so kann darüber noch manche Verheerung der Frühling hinausgehen.

[Im Senate] soll unter den Conservatoren eine Purification vorgenommen werden, der Secretär, Advocat Capogrossi, ist bereits abgesetzt, gegen 400 Personen haben sich, sei es aus gegründeter Furcht vor Unterfuchung, sei es aus Ueberdruß und Mißbehagen an dem damaligen Polizei-Regiment, von den Thronen entfernt.

[Zur Conferenz.] Die telegraphischen Nachrichten Pariser Blätter von der Zusage des Papstes, die Conferenz beschicken zu wollen, wurden noch heute hier dementirt, obgleich nicht abzusehen ist, wie die Curie ohne eine directe Vertretung auf der Conferenz ihre Angelegenheiten selber ordnen könnte.

Frankreich.

* Paris, 2. Dec. [Zur Erklärung des Herrn v. Moustier über die Conferenz.] Man hat hier sehr die Verschiedenheit der Redaction bemerkt, mit welcher einerseits der „Moniteur“, andererseits die offiziellen Berichte in den übrigen Blättern die Erklärung des Herrn v. Moustier im Senate über die Conferenz wiedergeben. Der „Moniteur“ läßt den Minister sagen: „Ich wage nicht zu sagen, daß die Congreß-Bemühungen glücken werden.“ Die übrigen Blätter: „Ich hoffe auf den Erfolg der Congreß-Bemühungen.“ Diese letztere Lesart ist jedenfalls die später hineingetragene.

[Zu der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] war der Andrang ungeheuer. Alle Tribünen waren überfüllt, das diplomatische Corps vollständig vertreten; unter den Anwesenden bemerkte man den Grafen v. d. Goltz, Herrn v. Budeberg, den Fürsten Metternich, den päpstlichen Nuntius und Herrn Nigra. Die beiden letzteren haben sofort aus, während Fürst Metternich ganz gemütlich dreinschaute; man sah es ihm an, daß Oesterreich die italienischen Angelegenheiten nicht mehr kümmern, und der österreichische Botschafter machte den Eindruck, als sei er froh, daß Frankreich sich Italien auf den Hals geladen. Eine große Anzahl von Damen war ebenfalls anwesend, selbstverständlich fast alle der offiziellen Welt angehörend. Die Fürstin Metternich fehlte natürlich nicht und erregte insofern Aufsehen, als sie eine höchst einfache, wenn auch sehr geschmackvolle Toilette trug. Unter dem Publikum sowohl als auch unter den Deputirten herrschte eine große Aufregung. Man war nämlich begierig, zu erfahren, wie und wann die Regierung sprechen werde. Man hoffte, daß Rouher in den Kampf eintreten und an der Spitze derselben sich etwas weniger diplomatisch zeigen werde, als Herr Moustier, und es endlich ans Tageslicht käme, was die Regierung eigentlich wollte. Besonders gespannt war man auch auf die deutschen Angelegenheiten, mit denen sich zu beschäftigen der Senat vermahnt hatte. Bei Beginn der Sitzung reichte die Opposition eine Interpellation über die Angelegenheit der Pariser Fabrikanten ein. Rouher erklärte, die Regierung lasse die Sache studiren. Es wurde alsdann zur Discussion über die römische Interpellation übergegangen. Jules Favre erhielt zuerst das Wort, um die Interpellation zu entwickeln. Er trat äußerst scharf auf. Er brütete die Hoffnung aus, daß der gesetzgebende Körper die Expedition nicht billigen werde, da dieselbe den Rechtsprincipien zuwider sei, die Interessen Frankreichs compromittire, die Sache, welcher Frankreich dienen wolle, nur in Gefahr bringe und derselben eine Reihe von Verwickelungen bereiten würde, aus denen es nur herauszutreten könne, indem es ein Verbrechen begehen und begründete Unzufriedenheit erregen würde. Was Jules Favre noch besonders mißbilligt, ist, daß die Regierung wieder gehandelt hat, ohne die Kammer zu fragen. Diefelbe dürfe sich dies nicht gefallen lassen, sondern müsse den Consequenzen zuhorkommen, welche die bellendenden Thatsachen hervorbringen werden. Jules Favre geht die letzten Ereignisse durch und drückt dann sein Erstaunen aus, daß die Regierung, welche vor Nordamerika zu Kreuze gezogen und welche den Prager Vertrag der Vergessenheit anheimgegeben, sich plötzlich erinnert hätte, daß ein Vertrag mit dem noch so schwachen Italien bestehe. Es will ihm danken, daß man sich nur so stolz zeigt, um mit dem Chassepotgewehr in offener Feldschlacht einen Versuch machen zu können. Er bedauert, daß die französische Regierung, die im Senate erklärte, daß sie große Sympathie für die italienische Einheit habe, nicht gefaßt hat, ein Einverständniß mit Italien herbeizuführen. Wenn die Armeen beider Länder gemeinschaftlich in Rom eingerückt wären, so hätte Garibaldi's Unternehmen nicht statifunden, Alles hätte zur Zufriedenheit aller geregelt werden können, und heute würde Italien kein unersöhnlicher Feind für Frankreich sein. Von der Conferenz verpicht sich Jules Favre nicht den geringsten Erfolg. Ihm zufolge wird dieselbe nur eine Demüthigung für das Papstthum sein, ohne irgend eine Lösung der Frage herbeizuführen.

[Zu der Pariser Municipal-Commission] fanden am Sonnabend die Beratungen statt über die neue 300-Millionen-Anleihe zur Regularisirung der von Berryer in der Kammer aufgedeckten Manipulation, durch welche sich die Stadt Paris, gleichfalls als verkappte Anleihe, auf von ihr garantierte Bons durch den Credit Foncier complete machen ließ. Die Sitzung soll eine sehr bewegte gewesen sein. Der Municipalrath und gemeine Epocade-Fabrikant Devind stellte sich an die Spitze der Opposition und warf Herrn Hausmann in sehr persönlicher Weise vor, daß sein Verhältniß zu Herrn Fremy vom Credit Foncier die Stadt compromittire. Hr. Fremy habe jetzt die Bauten fast aller neuen Boulevards u. s. allein in der Hand, was ein sehr seltsames Licht auf seine persönlichen Beziehungen zum Seine-Präfecten warf. Hausmann entgegnete mit sehr bewegter Stimme in längerer Rede, während deren sich seine innere Verärgelung durch einen Thränenstrom Luft machte, und stützte sich namentlich darauf, daß er nicht gewußt habe, zu welchen Auslegungen seine Stellung Fremy gegenüber Anlaß gebe, hielt aber seinen Antrag doch aufrecht, die neue Anleihe durch den Credit Foncier auf den Markt bringen zu lassen. Die Commission trat aber dem nicht bei, und ohne die Anleihe an sich zu verwerfen, erklärte sie vielmehr, daß sie es der Würde der Stadt schuldig sei, ferner nicht mehr in zu enger Verbindung mit dem Fremy'schen Geld-Institute zu erscheinen. Der oppositionelle Muth des Hrn. Devind dürfte freilich Vieles von seinem Heroismus verlieren, wenn sich bestätigte, was man vermutet, daß er nämlich in dieser Sache nichts als das Mundstück der Brüder Pereire und ihres sonst ohnmächtigen Hasses gegen Fremy gewesen. Die heutige Note im „Constitutionnel“ aber, welche die Nachricht vom Rücktritte Hausmann's officiell dementirt, gilt in Kreisen, welche mit den Drahtfäden vertraut sind, an denen die Re-

